

Die Suche nach dem Wendepunkt: Gedanken über notwendige Änderungen in der politischen Landschaft

Enrique Castillo *

August 2016

*Luis Enrique Castillo Paredes ist Journalist und politischer Analyst. Seit dem Jahr 2000 ist er Kolumnist der Tageszeitung „Gestión“, sowie seit 2011 bei der Zeitung „Perú 21“. Des Weiteren ist er Leiter und Redakteur der TV-Programme „Agenda Política y La Hora N“ auf dem Sender „Canal N“. Als politischer Analyst wird er regelmäßig zu zahlreichen TV- und Radiosendungen in Peru, Kolumbien und Chile eingeladen. In dieser Funktion erarbeitet er Studien über unterschiedliche politische Themen in den verschiedenen Regionen des Landes. Gleichzeitig nimmt er an Veranstaltungen und Konferenzen im wirtschaftlichen, akademischen und journalistischen Bereich teil.

Mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) hat er unter anderem in Bezug auf die Themen politische Kommunikation sowie Regierungsfähigkeit und Demokratie im Rahmen diverser Projekte in Peru zusammengearbeitet.

Einführung

Seit der Wiederherstellung der Demokratie im Jahre 1978 schwingt bei den Präsidentschaftswahlen in Peru immer wieder sowohl Hoffnung als auch Angst mit.

Bei manchen dieser Wahlen hat die Bevölkerung nach einem höheren Lebensstandard und nach einer grundlegenden Veränderung der politischen Situation gestrebt, in welcher Autoritarismus, Misswirtschaft oder Korruption herrschte. 1980 wurde Fernando Belaúnde gewählt, weil er gegen die Militärdiktatur und für die Wiederherstellung der Demokratie stand, und die Schaffung von einer Million Arbeitsstellen versprochen hatte. 1985 traf die Gunst der Wähler auf Alan García, als Antwort gegen die fehlgeschlagene Wirtschaftspolitik von Belaúnde und den Anfängen des Terrorismus. Alberto Fujimori stand 1995 für die Festigung der stattgefunden Reformen. Zuletzt entsprach die Wahl von Alejandro Toledo 2001 diesen Ansprüchen, weil er gegen die Diktatur und Korruption der Regierung von Fujimori und seinem Geheimdienstchef, Vladimiro Montesinos stand.

Im Gegenteil hierzu sprach sich die Wählerschaft bei anderen Wahlen größtenteils gegen eine mögliche Verschlechterung ihrer Lebensumstände und gegen eine mögliche Machtübernahme durch eine unerwünschte oder gar gefürchtete, politische bzw. wirtschaftliche Option aus. So geschah es 1990 mit Alberto Fujimori, der gegen die angeblich neoliberale Politik des bürgerlichen Bündnisses FREDEMO stand. Das selbe gilt 2006 mit Alan García, weil die angeblich chavistische Politik Ollanta Humalas gefürchtet wurde. 2011 traf die Gunst der Wählerschaft auf Ollanta Humala, in der Hoffnung, dem erneut auftretenden Fujimorismus entgegensetzen zu können. Schließlich wählte dieses Jahr die Mehrheit bei einem Versuch, diese Umstände endlich abzuschaffen, für Pedro Pablo Kuczynski und

gegen die angebliche Rückkehr einer Regierung im Stile Fujimori-Montesinos, bzw. gegen die Bedrohung, etwa zu einem Drogenstaat zu werden.

Wie aus diesem Sachverhalt zu ersehen ist, hat die Mehrheit der Bevölkerung in den letzten drei Wahlen konsekutiv jene Optionen gewählt, die das kleinere Übel darstellten. In zwei dieser Fälle wurde „zwischen Krebs und AIDS“ entschieden. Im dritten Fall wurde naserümpfend gewählt. In Peru war also in den letzten 15 Jahren, kurz vor einer Präsidentschaftswahl bezüglich der politischen Optionen der Bevölkerung, die Angst und nicht die Hoffnung entscheidend. Welche Konsequenzen entstehen aus einer solchen Situation?

Erstens haben viele Missstände den zunehmenden Verruf der Regierung, die bestehende Krise der politischen Repräsentation, die Unglaubwürdigkeit der politischen Klasse und die Frustration der Bürger hinsichtlich der in den Wahlen gewählten Option herbeigeführt. Zu diesen Missständen gehört das Scheitern oder die schlechte Verwaltung von aufeinanderfolgenden Regierungen. Weiterhin ist die Frustration bei der Bevölkerung durch nicht eingehaltene Versprechen und durch die Unfähigkeit der Regierung, landesweit Präsenz zu zeigen und schnell auf die grundlegenden Ansprüche einzugehen, gestiegen. Der schlechte, unangemessene oder falsche Einsatz von teilweise reichlich vorhandenen, öffentlichen Mitteln trägt ebenso zu einer Verschlechterung der bestehenden Situation bei. Die vom Staat erfüllten Dienstleistungen (Sicherheit, Bildung und Gesundheit) lassen trotz vorhandener Mittel und teilweise deutlicher Besserung nach wie vor zu Wünschen übrig. Zusätzlich schadet die weitverbreitete und wachsende Korruption auf allen Regierungsebenen und die vorherrschende Straflosigkeit der Reputation der Regierung. Das selbe gilt für die Unfähigkeit des Staates,

das Vorschreiten von Mafias aller Art zu beenden bzw. aufzuhalten.

Zweitens haben sich die institutionelle Strukturen verschlechtert. Dies wird in vielen Fällen von der politischen Klasse selbst gefördert, provoziert bzw. akzeptiert. Das Gesetz wird in nur geringem Masse eingehalten, und Konsequenzen aus der Nichteinhaltung davon werden, dank der bestehenden Straflosigkeit und der Korruption bei der Rechtsprechung ignoriert. Die Informalität (von den lokalen, regionalen oder sogar landesweiten Behörden selbst angenommen oder ignoriert, aber nur selten verfolgt oder abgeschafft) nimmt in immer größerem Maße zu und verbreitet sich immer weiter. Diese Zustände haben dazu geführt, dass ein großer Teil der peruanischen Bevölkerung fast am Rande, oder gar trotz der Autorität und der Legalität lebt, arbeitet und sich weiterentwickelt - oder auch nicht.

Drittens verfügen die Bürger nicht über ein angemessenes, kollektiv einsetzbares Instrument zur Vermittlung mit dem Staat. Solide Organisationen, insbesondere echte und moderne, politische Parteien mit gut strukturierten, seriösen, offenen, modernen, vertrauenswürdigen, der Realität entsprechenden und die Bedürfnisse der Bevölkerung befriedigenden, politischen Vorschlägen existieren nicht. Dies hat dazu geführt, dass die Medien, die Straße oder neuerdings die sozialen Netzwerke Bühne für eine Debatte bieten, die eher individualistische Strömungen der ständigen Kritik zum Ausdruck bringen als eine kollektive, ideologische, in einem Programm strukturierte, der Gegenwart und den heutigen Tendenzen entsprechenden Alternative mit Zukunftsvision.

Viertens waren die Präsidentschaftskandidaten der letzten, jeweils fünfjährigen Regierungszeiten (außer Mario Vargas Llosa und Javier Pérez de Cuéllar) meistens auch die Hauptdarsteller bei den politischen und juristischen Prozessen der letzten 20 Jahre (während ihrer

Regierungszeit oder danach). Diese Kandidaten wurden von den gleichen Parteien aufgestellt bzw. unterstützt, die im gleichen Zeitraum, alleine oder in einer Koalition vereint, regiert, mitregiert oder an der Exekutiven oder Judikativen teilgenommen haben, in ernste, interne Krisen geraten sind und eine deutlich und ständig sinkende Wählerpräferenz erfahren mussten.

Obwohl das Land gute Zeiten wirtschaftlichen Wachstums erlebt hat, und obwohl eine Dynamisierung des lokalen und regionalen Wirtschaftsmarktes stattgefunden hat, die höhere Einkommen und bessere Chancen auf verschiedenen Niveaus ermöglichte, wird unter solchen Umständen bei der Wahl der politischen Führung, insbesondere bei Präsidentschafts-, Parlaments- und bei Regionalwahlen die Hoffnung kaum das wichtigste Motivationselement sein.

In den letzten 20 Jahren haben Politik und Wirtschaft verschiedene, sogar gegensätzliche Richtungen eingeschlagen. Die Wirtschaft hat zu manchen Regierungszeiten außerordentliche Wachstumsniveaus erreicht, zu anderen konnte sie das erreichte Niveau beibehalten. Die regionale Wirtschaft wurde stark begünstigt und hat über viel mehr Ressourcen verfügt als zuvor. Die private Investition ist gewachsen und hat sich diversifiziert. Die Dynamisierung der regionalen Märkte hat die Armut auf annehmbare Ausmaße reduziert. Dies alles am Rande und trotz der Politik, der politischen Instabilität mehrerer Regierungen, beispielsweise die zweite Regierungszeit von Fujimori, die Regierung von Paniagua (de facto eine Übergangsregierung), Toledo oder Ollanta Humala. Auch trotz der skandalösen Fälle von Menschenrechtsverletzungen und Korruption, egal, ob sie tatsächlich stattgefunden haben oder nicht, beispielsweise die Handlungen der Regierung Fujimori-Montesinos, verschiedene Affären in mehreren, regionalen Regierungen, Fälle wie „Petroaudios“ (eine Korruptionsaffäre bezüglich Erdölförderungsverträge), „Ecoteva“

(eine Geldwäscheaffäre während der Regierung Toledos), der Terminkalender von Humalas Frau, Nadine Heredia, usw.

Einerseits ist vom erfolgreichen Wirtschaftsmodell und von den zahlreichen, fähigen, unermüdlich arbeitenden Berufstätigen, Akademikern und Unternehmern und ihren Unternehmungen die Rede. Andererseits wird die Politik als „schmutzig“ bezeichnet. Nur wenige, wertgeschätzte Personen sind gewillt, einer Partei beizutreten, und wenn sie an der Regierung teilnehmen, dann nur als „Gäste“ oder „unabhängige Mitarbeiter“.

Traditionelle und neue Parteien

Diese Krise in der politischen Klasse führte zur Krise bzw. zu Abspaltungen innerhalb der sogenannten traditionellen Parteien (die ursprünglich sozialistische APRA, die christdemokratische PPC und mehrere Parteien der Linken), und innerhalb anderer, weniger traditionellen Parteien, die jedoch das Land regiert haben, beispielsweise Perú Posible oder derzeit die nationalistische Partido Nacionalista.

Die Partei Acción Popular (AP) aus der politischen Mitte fällt dabei besonders auf. Obwohl sie als politische Struktur bzw. als einflussreiche, politische Kraft immer schwächer wurde, konnte sie dank der Erinnerung an Fernando Belaúnde und der Schaufel als Parteisymbol in vielen Distrikten und Provinzen des Landesinneren präsent bleiben und Bürgermeisterwahlen in verschiedenen Regionen des Landes gewinnen.

Diesmal konnte diese Partei für die Präsidentschaftswahlen 2016 einen eigenen (je nach Sichtweise neuen oder erneuerten) Kandidaten aufstellen, ohne ein Bündnis mit einer anderen Partei zu schließen. Mit diesem Kandidaten erreicht die Partei einen interessanten vierten Platz. Hätte der Kandidat nur wenige Tage vor der ersten

Wahlrunde nicht gewisse Haltungen zum Vorschein gebracht, durch welche sich die Bevölkerung von ihm distanzierte, wäre sogar ein besserer Platz für ihn möglich gewesen.

Der Fall der einst großen Parteien ermöglichte das Auftreten bzw. die Stärkung von politischen Bewegungen aller Art: lokale, regionale, nationale oder pseudonationale Parteien, einschließlich der sogenannten „Leihmütter“ (nichtpolitische Organisationen, die aus politischen und wirtschaftlichen Gründen sich vorübergehend als politische Partei zur Verfügung stellen), die sich selbst als „unabhängig“ bezeichneten, um eine abgrundtiefe Distanz zu den traditionellen Parteien zu betonen. Zwar verfügen diese Organisationen nicht über die Organisationsstruktur noch dem ideologischen Inhalt der „historischen“ Parteien, allerdings konnten sie sehr wohl mit dem gleichen Caudillismus und mit viel Pragmatismus, Klientelismus, Regionalismus bzw. Forderungsabsichten nach und nach den von den „traditionellen“ Parteien verlassenen Platz einnehmen und dabei nachhaltig an Boden gewinnen.

Fuerza Popular (FP), eine solide, disziplinierte, vertikal strukturierte Partei nach dem Vorbild von Alberto Fujimori und seiner Regierung, und Alianza Para el Progreso (APP), eine im Norden Perus gegründete Partei mit populistischen und klientelistischen Vorschlägen, dessen Schwerpunkt auf einer privaten, ständig wachsenden Universität verankert ist, haben hinsichtlich Größe, Einfluss und Wählerpräferenzen solche Parteien ersetzt, die Jahrzehnte lang das politische Parkett beherrscht haben.

Die Regionen und die Wählerhochburgen befinden sich nun also in den Händen anderer Parteien. Die FP und die APP haben solche Bereiche für sich gewonnen bzw. erkämpft, die einst in den Händen großer Parteien wie die PPC, die APRA und vor allem der traditionell links ausgerichteten Parteien waren. Sie erzielten in den vergangenen

Regional- und Kommunalwahlen sehr gute Ergebnisse, und sie waren die einzigen landesweiten Parteien, die regionale Regierungen übernommen haben. Somit waren ihre Aussichten für die Wahlkampagne 2016 sehr gut.

Diesen Parteien schlossen sich eine Reihe regionaler, meistens junger Bewegungen an, die gegründet wurden, nur um an den Wahlen teilzunehmen. Bei den Regional- und Kommunalwahlen 2014 gewannen diese Bewegungen den Großteil aller regionalen Regierungen: Sentimiento Amazonense; Puro Áncash; Fuerza Campesina Regional; Arequipa, Tradición y Futuro; Renace Ayacucho; Movimiento de Afirmación Social; Chimpum Callao; Kausachun Cusco; Ayllu; Movimiento Regional Integración Descentralista; Sostenible con su Gente; Concertación para el Desarrollo Regional de Lima; Movimiento de Integración Loreto; Democracia Directa; Kausachum; Unión Democrática del Norte; Proyecto de la Integración para la Cooperación; Movimiento Cívico Peruano; Reconstrucción con Obras más Obras para un Tumbes Bello und Cambio Ucayalino.

Das selbe geschah auch bei den Wahlen in den wichtigsten Provinzen. Angesichts einer nicht vorhandenen, dezentralen Struktur und fehlender, lokaler Mobilisierungsinstrumente bei den Parteien, werden diese regional organisierten Gruppen zu gültigen Gesprächspartnern, bzw. zu Partnern in der Wahlkampagne für die landesweiten Präsidentschaftswahlen 2016. Politische Unterstützung und Mobilisierung werden als Gegenleistung für Plätze bei der Aufstellung von Parlamentskandidaten gewährt.

Tatsächlich haben die Ergebnisse der Regional- und Bürgermeisterwahlen 2014 deutlich gemacht, dass es schwere Zeiten für Parteien wie die APRA und die PPC sind, obwohl die letztgenannte mehrere Bürgermeisterämter in Lima für sich gewinnen konnte. Die Wahlen zeigten die Spitze des Eisbergs zweier Realitäten, die aus

verschiedenen Gründen radikale Maßnahmen erforderten, diese jedoch weder ergriffen wurden oder erfolglos blieben.

Trotz einer durchaus akzeptablen zweiten Regierungszeit und den wirtschaftlich guten Zeiten während der fünfjährigen Regierung des APRA, konnte diese Partei einige Probleme nach wie vor nicht lösen, beispielsweise die Spaltung in verschiedene Lager, die innerhalb der Partei entstanden ist. Dabei steht die dem Parteichef Alan García treue Gruppe jenen Mitgliedern gegenüber, die dem Aprismus treu geblieben sind (dies wurde während der zweiten Regierungszeit offensichtlich). Außerdem besteht eine Spaltung aufgrund Generations- oder Schichtunterschiede unter den Parteimitgliedern. Weiterhin besteht außerhalb der Partei eine Bewegung gegen Alan García, die heutzutage stärker als die Bewegung gegen die Apra selbst ist. Schließlich die Vorwürfe wegen verschiedener Affären, die während der zweiten Regierungszeit stattgefunden haben und welche die Ablehnung durch verschiedene Bereiche der Politik, der Wähler und der Presse zur Folge hatte, beispielsweise die „Petroaudios“, die „Narcoindultos“ (die Begnadigung von wegen Drogendelikten Inhaftierten), usw.

Hinzu kommt die Distanzierung, die die ärmeren Bevölkerungsschichten vom APRA während ihrer Regierungszeit zwischen 2006 und 2011 verspürten, bei welcher die Regierung dem Unternehmertum näherstand als der Bevölkerung selbst.

Im Falle der Partei PPC war die Situation sehr kompliziert. Die Partei war in der 70er, 80er und 90er Jahren auf politischer und technischer Ebene ein Vorbild und wurde, wenn auch mit einer eher begrenzten Präsenz bei den Wahlen, zu einer soliden Partei. Der Partei fehlen wichtige Wahlerfolge: Sie hat es nie zur Präsidentschaft geschafft, hat nur 1980 mit der AP mitregiert, erreichte mit ihrem Gründer, Luis Bedoya Reyes, in den 60ern lediglich das Bürgermeisteramt von

Lima. Später, 2002 und 2006, besetzte sie mittels eines zerbrechlichen Bündnisses mit Luis Castañeda und der Partei Solidaridad Nacional, genannt Unidad Nacional, nochmal das gleiche Amt.

Als PPC alleine war die Partei in nur sehr geringem Maße im Parlament vertreten. Bei Bündnissen erreichte sie eine Höchstzahl von 13 Abgeordneten, 2011 waren nur 5 Abgeordnete erfolgreich, und in den vergangenen Wahlen wurde kein einziges Parteimitglied in das Parlament gewählt. Die Partei hat bei jedem Wahlkampf wichtige Wählerhochburgen verloren, beispielsweise Lima, einst ihre wichtigste Wählerschaft.

Die Partei ist der Schauplatz eines ständigen internen Kampfs zwischen verschiedenen Gruppen: die (von den Gründern geführten) Doktrintreuen und die (aus den Zwischengenerationen stammenden) Pragmatiker, neuerdings auch Reformisten und jene anderen, die auf die Institutionalisierung bestehen. Außerdem musste die Partei den Parteiaustritt vieler Mitglieder und ehemaliger Führer zu verschiedenen Zeitpunkten erleben. Besonders in den letzten Jahren wurden viele interne Probleme mittels harter und aggressiver verbaler Auseinandersetzungen zwischen den höchsten Führungspersönlichkeiten und den Anwärtern auf die Parteiführung öffentlich ausgetragen.

In beiden Fällen wird deutlich, wie wenig sich die Partei erneuert hat, und zwar nicht nur bezüglich der Führung oder der Kandidaten, beides sehr wichtige Aspekte, sondern auch bezüglich des Dialogs mit der Wählerschaft auf allen Ebenen und mittels aller Instrumente, und vor allem bezüglich der Ausarbeitung wichtiger und besonders viel versprechender Alternativen oder Vorschläge, die sowohl für eine Wahlkampagne, also Versprechen und Hoffnung, als auch für eine Regierung notwendig sind.

Der Wahlkampf 2016

Vielleicht sind dies die Gründe, weshalb ein nicht zu unterschätzender Teil der Wählerschaft, getrieben von einer politisch zunehmend aktiven Jugend, schon fast verzweifelt versucht hat, bei den Präsidentschaftswahlen 2016 einen endgültigen Wendepunkt zu erreichen. Das kleinere Übel oder die Tradition, die in der Politik bereits das Übel darstellte, sollte beiseite geschafft werden. Es galt, ein neues Gesicht und neue Hoffnung zu finden.

Erste Anzeichen davon waren bereits 2011 mit dem Ansturm auf die Präsidentschaft von Pedro Pablo Kuczynski und seiner Partei Alianza por el Gran Cambio zu sehen. Trotzdem schaffte er es nicht in die zweite Wahlrunde. Sein Charakter und seine Fähigkeiten als effizienter Technokrat distanzieren ihn von den traditionellen Politikern. Somit war PPK das neue Gesicht beim Wahlkampf 2011, und folglich auch die neue Hoffnung auf eine Änderung, die auf Modernität, Technokratie, Technologie, privatem Management, nachhaltigem Wirtschaften und Globalisierung begründet ist.

Das war das Warnsignal, das die traditionellen Parteien (Apra, PPC und die links gerichteten Parteien) nicht gehört haben. Ebenso wenig, wie sie 1990 die Botschaft „Ehrlichkeit, Technologie und Arbeit“ verstanden und mit Modernität, Investition und der japanischen Siegerhaltung von Alberto Fujimori in Verbindung gesetzt haben, unabhängig von der Rolle, die damals die APRA spielte.

2016 glaubte PPK, dass eine Erneuerung seines Images von 2011 nicht notwendig wäre, und dass für den Erfolg das gleiche Angebot wie zuvor ausreichen würde. Aus diesem Grunde wurde er, obwohl er fünf Jahre lang Kampagne geführt hat, angesichts des Auftretens neuer Gesichter nur das kleinere Übel.

Der Versuch einer Erneuerung im Jahre 2016 kam zunächst von César Acuña, dann von Julio Guzmán, später von Alfredo Barnechea und schließlich von Verónica Mendoza. Interessanterweise wurde dieser eifrige Wunsch nach etwas Neuem immer wieder boykottiert. Zum Einen schaden sich die Kandidaten (Acuña, Barnechea und Mendoza) mit ihren komplizierten Lebensgeschichten, unverständlichen und vernichtenden Handlungen und mit einer radikalen Einstellung nur selbst. Zum Anderen erließ das Parlament kurzfristig und auf sehr stolperhafte Weise unvorteilhafte und unangemessene Wahlnormen (die Wahlkampagne hatte bereits begonnen). Schließlich war da auch noch die schwache und unvorhersehbare Haltung der Wahlbehörde. Das Ganze führte letzten Endes dazu, dass ein unerfahrener und unordentlicher Julio Guzmán und ein unangemessen großzügiger César Acuña aus dem Rennen geworfen wurden. Für die Kandidaten von Acción Popular und Frente Amplio rückten die ersten Plätze ferner.

Angesichts des Falls des Favoriten (Acuña), war die Suche eines beachtlichen Teils der Wählerschaft nach einem neuen Gesicht so verzweifelt, dass ohne weiter auf Programme, Pläne oder gar einem Lebenslauf zu bestehen, die Präferenz auf den zweiten (Guzmán) fiel. Und, nachdem auch dieser nicht mehr am Wahlkampf teilnehmen konnte, wurde Barnechea der neue Favorit. Am Ende fiel die Präferenz der Wählerschaft auf Verónica Mendoza. Und stets war man bemüht, sich von jenen, die die Vergangenheit, die Tradition, das Bekannte oder das kleinere Übel darstellten, zu distanzieren.

Deshalb schafften es weder Alan García, noch Alejandro Toledo, Fernando Olivera oder Antero Flores, trotz aller Mühe, die Wahlabsichten der Wählerschaft zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Das kleinere Übel wurde schließlich Pedro Pablo Kuczynski, wenn auch nicht durch eigenem Verdienst bzw. dem seiner Wahlkampagne, sondern

weil er die letzte Option darstellte. Die Gunst der Anhängerschaft, die Guzmán, Acuña, Barnechea und Mendoza zurückgelassen hatten, fiel also auf PPK.

Der Wahlkampf wurde somit vor der ersten Wahlrunde zu einer ständigen Suche nach einer anderen Alternative, die von einer infrage gestellten oder zweifelhaften Vergangenheit unbelastet ist, die ein modernes oder neues Image hat, und die neue Ideen zur Lösung von Problemen bietet, denen die traditionellen Politiker in diesen 20 Jahren des wirtschaftlichen Wachstums und der politischen Verschlechterung nicht beikommen konnten: Unsicherheit, mehr Wachstum, bessere Dienstleistungen und mehr Infrastruktur. Die Bevölkerung suchte nach einer Alternative, die klar verständlich war und mit einfachen Worten Hoffnung weckt und Veränderungen bietet.

Genau das hat weder die Apra noch die PPC verstanden. Anstatt im Alleingang ihre beste, neue Alternative vorzubereiten und anzubieten, haben sich diese Parteien zusammengeschlossen und diese 20 Jahre auf eine einzige Option gesetzt. 20 Jahre gezeichnet von traditioneller Politik, ideologischen Diskussionen, langen Ansprachen, Erinnerung aus vergangenen Zeiten, internen Auseinandersetzungen, Frustration der Bevölkerung und dem Glauben, dass man alles unternehmen, ja sich sogar mit dem Feind verbünden kann, um nur an die Macht zu kommen.

Unter diesen Umständen gab es nur noch zwei Möglichkeiten. Die eine Option war der Fujimorismus der Fuerza Popular, die im ganzen Land hart und unermüdlich gearbeitet hat, um die Rückkehr eines „besseren“ Fujimorismus zu bieten (wobei stets an die Werke der zehnjährigen Regierung Fujimoris erinnert wurde, ohne dabei die dunklen Aspekte im Zusammenhang der Regierung Fujimori-Montesinos zu erwähnen). Dies erfolgte mit einem Image, das zwar nicht neu, jedoch erneuert und jung wirkte. Die andere Option,

ganz egal welche, musste neu oder erneuert und von den traditionellen Parteien distanziert sein, also die bereits erwähnten Kandidaten Acuña, Guzmán, Barnechea und Mendoza. Es ist jedoch dem in Mendoza aufblühenden Radikalismus zu verdanken, dass Pedro Pablo Kuczynski das große Los gezogen hat. Mendoza hat in der letzten Woche vor der ersten Wahlrunde betont, sie würde gegebenenfalls eine Verfassungsänderung vornehmen. Weiterhin hat sie es verweigert, einen Fahrplan zu unterschreiben, der ihre Maßnahmen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich abmildern würde. Damit hat sie einen beachtlichen Teil der Wählerschaft, insbesondere den Mittelstand in Lima, abgeschreckt.

Die erste Runde endete mit dem vorläufigen Wahlsieg von Keiko Fujimori. Ihre Partei erhielt mit 73 Sitzen eine erdrückende Mehrheit im Parlament. Den zweiten Platz erreichte PPK mit gerade mal 18 Sitzen.

Erwähnenswert ist die Situation von Alianza Para el Progreso. Obwohl die Partei ihren Präsidentschaftskandidaten verloren hatte, setzte sie ihren Proselytismus und ihre regionalen Bündnisse fort. Diese Aktivitäten, die Wahl ihrer Kandidaten und ihre wirtschaftliche Macht und Stärke als politische Bewegung zeigen bezüglich der Wahlen 2021 erste Ergebnisse. Die Partei hat es im Parlament zu 9 Sitzen für Abgeordnete aus den Regionen Ancash, Cusco, La Libertad, Piura, San Martín und Lima gebracht - fast die gleiche Anzahl, wie AP und Alianza Popular (dem Bündnis Apra-PPC) zusammen, dessen Kandidaten jeweils den vierten und fünften Platz erreichten. Die Situation von PPC ist bedenkenswert: Sie erhielt keinen einzigen Sitz im Parlament, nicht einmal für Lima, die einstige Wählerhochburg der Partei. Damit wird das Scheitern ihrer Kampagne und des Bündnisses mit der Apra offensichtlich.

Die zweite Wahlrunde

Die zweite Wahlrunde stellte in Wirklichkeit Keiko Fujimori gegen PPK und gegen eine ganze, landesweite Bewegung gegen den Fujimorismus, die sich selbst „NO A KEIKO“ nennt.

Keiko Fujimori beschloss, ihre Strategie aus der ersten Runde zu ändern und ging verstärkt auf Konfrontationskurs. Sie wurde aggressiver, stellte PPKs Vorschläge schwer infrage und versuchte, ihn in die Ecke des „Kandidaten der Großunternehmen“, bzw. des „Kandidaten der Reichen“ und „Kandidaten der Regierung“ zu drängen. Damit konnte sie die Ergebnisse der ersten Umfragen, laut welchen PPK einen ganz bequemen Vorsprung hatte, zu ihrem Gunsten ändern: In der letzten Woche hatte sie einen Vorsprung von fünf Prozentpunkten.

Keiko Fujimori versuchte, die Wahl zwischen dem Kandidaten der Reichen und der Kandidatin der Armen zu polarisieren, um jene linke, progressive und unschlüssige Wählerschaft aus den größten sozioökonomischen Schichten für sich zu gewinnen, die immer dazu geneigt waren, sich den Vorschlag eines Kandidaten anzuhören, der die festgelegte Ordnung und die mächtigsten Sozialschichten herausforderte. Dasselbe, wenn auch andersrum, erreichte auch Alan García, als er damals Lourdes Flores aus dem Rennen brachte.

PPK hingegen schien kaum darauf zu reagieren, er zeigte sich eher unfreundlich, verlor offensichtlich die Richtung, in die seine Kampagne gehen sollte. Es kam langsam der Eindruck auf, dass er weder ausreichend Kräfte noch Ressourcen und Strategien hatte, um die zweite Wahlrunde zu gewinnen.

In diesem Moment verdoppelte die Anti-Fujimorismus-Bewegung, den Umfragen zufolge bestehend aus ca. 40% der Bevölkerung, ihre Bemühungen und zwingt PPK dazu, eine harte Haltung gegen den Fujimorismus einzunehmen und Keiko Fujimori anzugreifen. Er versucht, sie als

Mitglied einer Geldwäsche betreibenden Drogenmafia darzustellen, und als Mitglied einer inoffiziellen politischen Bewegung, die sich auf einen Angriff auf den Staat im Stile Montesinos vorbereitet. Viele politische Gruppierungen, Verbände und Bürgerinitiativen beteiligten sich an diesen Aktionen.

Die Anti-Keiko-Kampagne, und nicht die PPK-Wahlkampagne, wurde aufgrund zwei klarer Fehler des Fujimorismus erfolgreich: Zum Einen die zu spät kommende Reaktion auf die Vorwürfe gegen den Parteigeneralsekretär, und zum Anderen die angebliche Manipulierung eines Videos, dass den Vizepräsidentenskandidaten belangt. Beides unterstützte die beängstigende Möglichkeit eines Drogenstaats und der Rückkehr einer Regierung im Stile Montesinos, weshalb letztendlich ein Prozentsatz der unschlüssigen Wähler PPK wählten und ihm den Sieg ermöglichte.

Es ist also erneut die Angst, in diesem Falle die Angst davor, wieder in die dunkelsten Zeiten der Fujimori-Montesinos-Diktatur zurückversetzt zu werden, die die Waage zugunsten eines Kandidaten neigen lässt, der es weder alleine noch mit seiner Partei geschafft hat, eine positive Anhängerschaft zu bilden.

Die Geschehnisse während der zweiten Wahlrunde, also Beschuldigungen, schwere Anklagen, grobe Beschimpfungen, usw., haben in der Geschichte Perus ein neues Kapitel voller Hass, Ressentiments und Groll eröffnet, das in den nächsten Jahren nur sehr schwer abzuschließen sein wird.

Es ist eine Teilung des Landes in drei Gruppen entstanden, die höchstwahrscheinlich in den nächsten fünf Jahren in ständiger Konfrontation leben werden. Nicht nur wegen des Grolls oder der verschiedenen Haltungen bezüglich der Politik und der anstehenden Maßnahmen, sondern auch wegen der Erwartungen, die aus dem Wahlergebnis mit Blick auf die Regional- und Kommunalwahlen 2018 und

den Präsidentschaftswahlen 2011 entstanden sind.

Die neue politische Szene

Der Fujimorismus stellt mit fast der Hälfte der Wählerschaft die stärkste politische Kraft des Landes dar. Die Linke hat 20% der Wählergunst erreicht, und die Parteien gegen Fujimori und gegen die Linke (PPK, Apra, PPC, APP, AP) vertreten gemeinsam ca. 30% der Wählerschaft. Alle, vor allem aber die zwei erstgenannten werden versuchen, ihre Stellung zu festigen und zu stärken, um 2021 eine reale Alternative darzustellen. Hierzu müssen sie eine führende Rolle gegenüber dem Widersacher, aber auch gegenüber der neuen Regierung einnehmen.

Der Fujimorismus hat mit 73 Parlamentsabgeordneten ganz klar zwei Möglichkeiten. Er kann mit der Regierung zusammenarbeiten, damit sie die Sachen richtig macht, und später die Urheberschaft des Erfolgs für sich beanspruchen. Oder er kann eine Oppositionshaltung einnehmen und die Regierung ihren Widersachern (Linke und politische Mitte) überlassen, um das Scheitern der Regierung anzustreben bzw. zuzulassen, und 2021 als rettende Kraft erkannt zu werden.

Beide Möglichkeiten sind für die Ziele des Fujimorismus vielversprechend und riskant zugleich, weshalb sich egoistischerweise ein dritter Weg bahnen könnte: Vom Parlament aus ein eigenes Spiel spielen, in dem populistische Gesetze erlassen werden, die von der Bevölkerung befürwortet werden und gegen welche die Linke sich kaum widersetzen wird. Die Regierung wird dadurch Schachmatt gesetzt, die Abgeordneten aus der Provinz und die Partei Fuerza Popular werden mit Blick auf die Kommunal- und Regionalwahlen 2018 in eine sehr vorteilhafte Position gebracht. Diese Strategie ähnelt der, die die gegenwärtigen Abgeordneten in der Regierung Ollanta

Humalas verfolgen: der Präsident kann weder die Gesetze, die er will, erlassen, noch kann er sich den Gesetzen eines Parlaments widersetzen, das über ausreichend Stimmen verfügt, um auf die Gesetze zu bestehen und die Regierung in eine Ecke zu drängen.

Zusätzlich kann der Fujimorismus in diesem Zuge die Minister politisch verantwortlich machen und kritisieren, wenn möglich, ohne dass dabei der Premierminister belangt, bzw. ohne dass dem Kabinett zweimal hintereinander das Vertrauen entzogen wird. Dadurch könnte der Eindruck der ständigen Instabilität und der Regierungsunfähigkeit entstehen, was der Fujimorismus bei den nächsten Wahlen ausnutzen könnte.

Dennoch wird die größte Herausforderung des Fujimorismus der Erhalt einer einstimmigen und soliden Parlamentsfraktion sein. Die 73 Mitglieder der Fraktion werden permanent versucht sein, die Gruppe zu verlassen und zu den Reihen der regierenden Partei überzutreten, oder eine eigene Gruppe mit eigenem Vorsitz und eigenem Rede- und Stimmrecht zu bilden.

Die Linke andererseits, also die Frente Amplio, muss die Gegensätze zur Regierung verstärken, um das Scheitern des Wirtschaftsmodells und die Notwendigkeit eines strukturellen Wandels offensichtlich zu machen.

Das Wachstum steigern, die Armut verringern, in die Infrastruktur investieren, soziale Programme stärken, Arbeit schaffen oder erfolgreich die öffentliche und private Investition fördern, dringende, alternative Investitionen vornehmen (beispielsweise öffentlich-private Partnerschaften oder solche öffentliche Investitionen, zu dessen Finanzierung der Privatsektor Steuern vorauszahlt und hierfür vom Staat Gutschriften zur Zahlung der Einkommenssteuer erhält): Solche Maßnahmen würden das Vertrauen in und die Präferenz für das gegenwärtige Wirtschaftsmodell stärken und die Chancen der alternativen Wahlmöglichkeit der Rechten

oder der Mitte bessern. Der Erfolg der Regierung würde die Chancen der Linken (ganz egal, welche Partei) auf eine zweite Runde im Wahlkampf 2021 enorm verringern. Die politischen Gruppen mit einer nur geringen Vertretung im Parlament hingegen, werden der Regierung mit Sicherheit in den ersten Jahren folgen und bei Angelegenheiten, die eine qualifizierte Mehrheit erfordern, versuchen, die Waage so neigen zu lassen, dass anstehende Verhandlungen ihnen direkt zugute kommen. Auf der anderen Seite muss die Regierung dafür Sorgen, dass Einigkeit unter ihren 18 Kongressabgeordneten der Partei herrscht, dass die Vertreter sich nach der Partei richten und der Fraktion treu bleiben. Ihre Fraktion besteht grundsätzlich aus Personen, die bereits Machtgier bzw. den Wunsch nach hohen Ämtern gezeigt haben und schon vor dem Wahlkampf Widersprüchlichkeiten offenbart haben, oder in offenen Konfrontationen verwickelt waren. Leider weisen die Geschehnisse während des Wahlkampfes nicht darauf hin, dass PPK eine politische Führungsperson sein könnte, die eine Parlamentsfraktion oder eine Partei zusammenhalten kann.

Außerdem muss er Brücken schlagen, um die Unterstützung bei der Ausführung der wichtigsten Reformen zu erhalten, für die die Zustimmung des Parlaments notwendig ist. Die Zukunft dieser Regierung hängt von der Sorgfalt ab, mit welcher in diesem Sinne gearbeitet wird, und von der Geschicklichkeit bei der Zusammensetzung des ersten Ministerkabinetts. Das Kabinett aus Profis zusammenzustellen, die es verstehen, als Schnittstelle mit allen politischen Kräften zu arbeiten und alle Mitglieder seiner Fraktion als aktive Mitarbeiter im Parlament zu halten, ist für den Präsidenten unabdingbar.

Eine Möglichkeit, die von Nahestehenden des gewählten Präsidenten vorgeschlagen, von ihm jedoch ausgeschlossen wurde, ist eine verfassungsmäßig gerechtfertigte Schließung des Parlaments. Damit könnte der

Fujimorismus geschwächt werden und im Extremfall neue Parlamentswahlen durchgesetzt werden. Diese anscheinend wirkungsvolle Lösung kann für PPK riskant und gefährlich sein, weil dadurch seine Legitimation hinterfragt werden könnte. Er könnte die herbeigeführten Parlamentswahlen verlieren und die Vertretung des Fujimorismus bzw. der Linken noch verstärken.

Ein anderer, wichtiger Aspekt ist die Agenda, die die Regierung während der Ausarbeitung und Zustimmung des Haushaltsbudgets den politischen Kräften vorstellen wird.

Erwähnenswert ist auch das Thema Kampf gegen die Kriminalität und Gewalt. Diese dringende Aufgabe bleibt vom ersten Tag an in den Händen der Exekutive und wird eine der größten Herausforderungen der neuen Regierung sein, dessen Erfolg oder Scheitern einen entscheidenden Einfluss auf ihren Ruf haben wird.

Sollte es bei den Gesprächen und beim Erreichen der Ziele zu Verzögerungen kommen, wird die neue Regierung bei der Erfüllung der Aufgaben weitere Hürden überwinden müssen: einige Monate nach Amtsübernahme werden die größten politischen Kräfte mit den Vorbereitungen für die Kommunal- und Regionalwahlen 2018 beginnen und ihr jeweils eigenes Profil ausarbeiten. Dies wird besonders auf regionaler Ebene stattfinden, wo Änderungen in den Regionalverwaltungen die Regierung Schachmatt setzen könnte, vor allem in den Gegenden, in denen Bergbauarbeiten oder große Projekte stattfinden.

Regionen wie Cajamarca, Arequipa, Puno, Cusco, Apurímac oder Moquegua, die PPK beim Wahlkampf unterstützt haben, könnten in die Hände von Gouverneuren geraten, die dem Fujimorismus oder der Linken angehören. In manchen, extremen Fällen könnten sie in diesem neuen Szenario eine klare und frontale Opposition zur Regierung werden.

Die Parteien Fuerza Popular, Alianza Para el Progreso, Acción Popular und Frente Amplio (sofern diese Partei sich nicht vorher spaltet) werden bei den Wahlen 2018 bezüglich der landesweiten Parteien die besten Chancen haben, und müssen mit den regionalen und lokalen Parteien entweder kämpfen oder sich mit ihnen verbünden, wenn sie ihre Chancen für 2021 erhöhen wollen. Die Partei Peruanos Por el Cambio hingegen hat bei diesen Wahlen kaum Chancen, weil sie nicht über das notwendige Parteiengefüge verfügt und neben der Regierungstätigkeit nicht auch noch Kandidaten im ganzen Land mobilisieren, auswerten und aufstellen kann. Die Partei muss sich also eine etwaige Teilnahme an diesen Wahlen gut überlegen. Außerdem könnte die Partei von der Regierungsarbeit frühzeitig ermüden, wenn die Bevölkerung bezüglich dringender Themen wie die öffentliche Sicherheit oder die Wirtschaftswiederbelebung keine Resultate sieht. Die neue Regierungspartei würde einen Fehler begehen, wenn sie das Wahlergebnis 2016 mit Blick auf 2018 optimistisch interpretiert. Sofern nicht ein glänzend spektakulärer Erfolg innerhalb der nächsten zwölf Monate zu verzeichnen ist, wird sie der lediglich geliebte, größte Anteil an Wählerstimmen (fast 30%) nicht länger begleiten.

Die Situation der PPC

Nach dem gescheiterten Bündnis mit der Apra befindet sich die PPC in einer durchaus unbequemen und geschwächten Lage. Das ist nicht einfach eine weitere Niederlage. Das Bündnis, das für viele aufgrund der Erfolge und Fehlschläge beider Seiten keinesfalls von Vorteil, sondern von Nachteil war, war vielleicht die schwerste Niederlage, und hat das Bestehen der PPC aufs Spiel gesetzt.

Man muss darauf hinweisen, dass eine Vielzahl von Stimmen auf die, gelinde ausgedrückt, ungewisse Zukunft des

Bündnisses Alianza Popular hingewiesen hat, und dies mit der Begründung, das Bündnis zweier Parteien, die immer Gegner und sogar Feinde gewesen sind, würde den Eindruck erwecken, dass beide zu allem bereit sind, um an die Macht zu gelangen.

Weiterhin wurde auf den aufkommenden Eindruck hingewiesen, dass die Parteimitglieder als gute, traditionelle Politiker über alle gegenseitigen Beleidigungen, Beschuldigungen und sogar Anklagen hinwegsehen würden, dass die PPC sich für eine Imagesäuberung der APRA und konkret von Alan García hergeben würde, und dass die PPC Schaden davon tragen würde. Viele ihrer Anhänger würden ein Bündnis mit PPK einem widersprüchlichen Bündnis vorziehen. Außerdem würde die PPC keinen Nutzen aus dem Bündnis mit einer Partei ziehen, die mit verschiedenen Anklagen belastet ist, beispielsweise die bereits erwähnten "Petroaudios" oder die "Narcoindultos".

Das alles entsprach zugegebenermaßen am Ende den Tatsachen.

Die Wahlergebnisse zeigen, dass die PPC von allen am Wahlkampf teilnehmenden Parteien den größten Schaden davon getragen hat, weil sie zwar einen Präsidentschaftskandidaten hatte und die Hürde überwinden konnte, um im Parlament vertreten zu sein (anders als die Alianza para el Progreso oder Democracia Directa), ihre Vorzugsstimmen jedoch nicht ausgereicht haben, um auch nur einen Abgeordneten im Parlament haben zu können, was in den Wahlen der letzten 20 Jahre nie geschehen ist. Zusätzlich hat sie die niedrigste Stimmzahl erhalten, seit sie überhaupt an Wahlkampagnen teilnimmt, egal ob im Alleingang oder verbündet.

Außerdem ist in der peruanischen Wählerschaft verstärkt der Eindruck einer Verlierer-Partei entstanden, auch wenn dies nicht ganz stimmt. Dies zeigen die Ergebnisse der letzten Kommunalwahlen in Lima, wo die Partei sieben Ämter für sich gewinnen

konnte, zwei davon sogar in den armen und stark bevölkerten Stadtgebieten Carabayllo und San Juan de Miraflores.

Es geschieht auch zum ersten Mal, dass zwei Parteien mit einer Parteigeschichte wie die der Apra und der PPC ihre jeweils wichtigsten Mitglieder (beide sind Parteivorsitzende, er war zwei Mal Präsident der Republik, und sie war zwei mal Präsidentschaftskandidatin und einmal Bürgermeisterschaftskandidatin in Lima) bei einem Wahlkampf gemeinsam, als Präsident und erste Vizepräsidentin, aufstellen und die schlechtesten Ergebnisse erzielen.

Allerdings war dies im Falle der PPC nur die Spitze des Eisbergs.

Die gegenwärtige Situation der PPC ist Konsequenz aus mehreren Faktoren, die eine genaue Analyse erfordern.

Die PPC wurde immer als eine Partei erachtet, die eine bestimmte Gruppe vertreten hat (Rechtsanwälte, Unternehmer, Technokraten) und die stets einen großen Einfluss in Lima und in einigen anderen Städten des Landes hatte. Erst 2001 wird die Partei mit Lourdes Flores und ihren persönlichen und politischen Eigenschaften, in einem Bündnis namens Unidad Nacional, landesweit präsent und gewinnt bei den Präsidentschafts- und Kommunalwahlen 24,3% der Stimmen. Das Gleiche geschieht 2006, als Lourdes Flores sich erneut für das Bündnis Unidad Nacional als Präsidentschaftskandidatin aufstellen lässt und 23,81% der Wahlstimmen erhält. 2011 ist die PPC Mitglied der Alianza por el Gran Cambio, allerdings sind die erreichten 18,52% PPK zu verdanken.

Es stimmt zwar, dass die aufeinanderfolgenden Bündnisse der PPC diese landesweite Präsenz verliehen haben, es stimmt allerdings auch, dass durch eben diese Bündnisse (für das Präsidentenamt waren es vier von vier Wahlkampagnen), die Partei ihre politische Identität verloren hat, wodurch die Bildung, Erweiterung und Konsolidierung einer Wählerschaft in den verschiedenen Regionen nicht möglich war.

Hinzu kommt, dass es sehr schwierig ist, festzulegen, wie viele der erhaltenen Stimmen tatsächlich für die PPC, für Lourdes Flores als Alternativkandidatin oder für die anderen, dem jeweiligen Bündnis angehörenden Parteien abgegeben wurden.

Die anderen Mitglieder bei Bündnissen für Präsidentschafts- oder Kommunalwahlen (Alianza para el Progreso, Solidaridad Nacional, Peruanos por el Cambio), haben ihrerseits ein besseres Wahlergebnis, bessere Wachstumschancen und einen höheren politischen Einfluss auf kommunale (in Lima, Trujillo, Chiclayo), regionale (beispielweise in La Libertad, Lambayeque), und jetzt mit PPK auch auf Präsidentschaftsebene erhalten. Interessant dabei ist, dass keiner dieser Partner das Bündnis mit der PPC fortsetzen oder wiederaufnehmen wollte. Deshalb konnte die PPC nicht an diesen Siegen teilhaben. PPK selbst hat offiziell angegeben, kein Interesse an ein Bündnis oder ein Treffen mit traditionellen Parteien wie die PPC zu haben.

Die PPC ist eine der großen Parteien, die die höchste Anzahl von Mitgliedern und früheren Führern wegen interner Streitigkeiten, unterschiedlicher Ansichten über Wahlstrategien oder persönliche, politische Ambitionen verloren hat. Viele davon wurden als Mitglied anderer politischer Gruppen in wichtige Ämter gewählt.

Die internen Streitigkeiten, welche die Protagonisten selbst nach außen getragen haben, haben der PPC einen großen Schaden zugefügt. Die Partei wirkte in den letzten Jahren kaum seriös, ist von den schweren, internen Streitigkeiten geschwächt und hat unter ihren Mitgliedern gierige Menschen, die um die Führung einer immer kleiner werdenden Partei, mit immer weniger Mitgliedern und Wählern, streiten.

Die PPC-internen Wahlprozesse in den letzten Jahren gaben Anlass zu offenen, sehr aggressiven Konfrontationen zwischen den verschiedenen parteiinternen Lagern. Diese Konfrontationen fanden vor den

Parteimitgliedern als auch generell vor der Bevölkerung statt.

Für eine wichtige Bevölkerungsschicht sind Haltung und Ansichten der PPC rigide, extrem juristisch, realitätsfern, unmodern, elitär, traditionell, hierarchisch und nur für Lima gedacht.

Während der letzten Jahre hat sich die Anzahl politischer Persönlichkeiten mit Autorität und Prestige innerhalb der PPC spürbar verringert, und die Kandidatenliste für Parlaments-, Regional- oder Kommunalwahlen hat sich verkürzt. Das Gleiche gilt für Parteisprecher und für Techniker oder Spezialisten, die Ansprechpartner bei verschiedenen Themen oder Bereichen, die mit der Entwicklung des Landes in Bezug stehen, sein könnten.

Zwar trifft das Gleiche auch für andere Parteien zu, wie zum Beispiel Acción Popular oder Perú Posible, aber bei der PPC ist das auffälliger, weil sie lange Zeit als eine Partei erachtet wurde, die in ihren Reihen die besten Spezialisten hatte. Die Apra hat dieses Problem nicht, weil sie zwei Mal Regierungspartei war und Spezialisten aus verschiedenen Bereichen in der Partei aufnehmen konnte.

Der Fujimorismus, die Partei Alianza para el Progreso, die nur zeitweise, konjunkturbedingt existierenden Parteien und die regionalen Bewegungen sind die neue, direkte Konkurrenz der PPC in Lima und in der Provinz. Ihr Image einer traditionell rechten, zentralistischen, Lima vertretende Partei verwandelt sich zu einem schweren Nachteil gegenüber der anderen Gruppen, deren Mobilisierung und Annäherung an das Volk viel direkter, moderner, besser ausgearbeitet, teurer, populistischer und klientelistischer ist.

Was ist angesichts der Tatsachen zu tun?

Als Zeichen der Demut und des Willens zur Besserung sollte die PPC eine tiefgreifende, seriöse und selbstkritische Analyse über ihre Beteiligung an den letzten Wahlkämpfen vornehmen und das Ergebnis mit allen, von

den getroffenen Entscheidungen enttäuschten Mitgliedern und Anhängern (viele von ihnen haben es anscheinend vorgezogen, andere Optionen zu unterstützen) teilen.

Die PPC sollte endgültig die internen Streitigkeiten beenden, die Organisation säubern und eine neue Parteispitze wählen, so dass die öffentlich ausgetragenen Differenzen bereinigt werden, ein interner Prozess der Versöhnung beginnen kann und die PPC sich schnellstmöglich als eine neustrukturierte und gefestigte Partei vorstellen kann. Die Lösung sollte eine neue Parteiführung beinhalten, die einen Konsens herbeiführt und die Partei vereint, bei welcher die Konfliktgruppen innerhalb der Partei, die schon seit mehreren Jahren um die Führungsämter streiten, ausgeschlossen sind. Es ist offensichtlich, dass einige der aktuellen Anwärter auf die Parteispitze der PPC an den letzten, öffentlich ausgetragenen Streitigkeiten beteiligt waren, bei denen die Grenzen des ausschließlich institutionellen überschritten und persönlich wurden. Die aus den Geschehnissen der letzten Wahlprozesse entstandene, negative Situationen und Gefühle können von ihnen offensichtlich nicht überwunden werden.

Die PPC muss landesweit professionelle und ungeschminkte, qualitative und quantitative Meinungsumfragen vornehmen lassen, um feststellen zu können, wie die öffentliche Meinung (landesweit, in den Regionen, Provinzen und Distrikten) die Partei, ihre Arbeit, Führer, Kandidaten und Handlungen tatsächlich sieht. Für die Vorbereitung, Ausführung, Ausarbeitung und Voranalyse dieser Studien sollten vertrauenswürdige, parteifremde, spezialisierte, kompetente und ehrliche Profis beauftragt werden. Nur so kann die ungeschminkte Wahrheit, frei von Manipulationen oder einer von Interessen gesteuerten Handhabung, ans Tageslicht kommen.

Die PPC muss ein Prozess der institutionellen Identitätserneuerung einleiten. Dabei muss

sie ihre grafische Identität modernisieren, Nomenklatur anpassen, Symbolik erneuern, die Instrumente zur Kommunikation mit der Bevölkerung neu strukturieren und eine ständige Präsenz in den Räumen für Kommunikation, Debatten, Gesprächen und Information erreichen.

Die PPC muss ihren Namen, Parteilogo, Farben und andere Symbole und Erkennungszeichen erneuern. Alles, was derzeit vorhanden ist, ist weder inklusiv, noch offen, noch modern. Ihr Corporate Image vertritt weder Nähe zur Bevölkerung, noch Kompromissbereitschaft.

Die PPC muss den Inhalt ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Vorschläge im Licht der vorherrschenden Realität und der neuen Zeiten prüfen, und sie mit Mitgliedern, Anhängern und unabhängigen Personen besprechen, prüfen, bereichern und festigen. Es geht dabei nicht um die Zeiten des PPC, sondern um die neuen Zeiten und die PPC.

Die PPC muss ernsthaft an der Wiederherstellung der Fähigkeit zur Ausarbeitung und Verbreitung von politischen und technischen Optionen arbeiten, damit sie in den Jahren, in denen sie von der politischen Debatte im Parlament entfernt sein wird, Ansprechpartnerin für die Festlegung der staatspolitischen Maßnahmen und der dezentralen Politik und Programmen werden kann.

Um sich der Bevölkerung nähern zu können, muss die PPC ihre Quellen prüfen und ihren Diskurs entsprechend anpassen. Dies gilt besonders für die Annäherung an die Jugend, die keinen Bezug zu Ideologie oder Doktrin hat. Es geht nicht darum, letztgenannte zu entfernen, zu verstecken oder sich dessen zu schämen. Es geht lediglich darum, die darin enthaltenen Lehren oder Prinzipien besser zu übertragen. Das bedeutet auch eine allgemeine und radikale Prüfung der Prozesse, mit welchen landesweit Parteimitglieder und Mitarbeiter erfasst und gebildet werden.

Die PPC sollte entschlossen und weitreichend auf kommunaler und regionaler Ebene arbeiten und eine moderne Alternative zur Geschäftsführung und Beratung für diese Regierungsebenen werden. Weiterhin ist Arbeit notwendig, die im Sinne der Zweckmäßigkeit und Produktivität zum Parteibeitritt der Jugend und der Unternehmer orientiert ist. Bis jetzt besteht der allgemeine Eindruck, dass die PPC viel an Doktrin und Programmen arbeitet, sich dabei nach den „großen“ Themen richtet, und dabei vernachlässigt, was tagtäglich die Bevölkerung beschäftigt.

Jetzt, wo die PPC nicht am politischen Geschehen im Parlament teilnimmt, sollte sie die Rolle des Aufsehers und Wächters über die Aktivitäten der verschiedenen Parlamentsfraktionen übernehmen, um so die öffentliche Meinung über die Richtung warnen oder berichten zu können, die das Parlament der Republik bei der Lösung von Hauptproblemen oder hinsichtlich der wichtigsten Erwartungen der Bevölkerung einschlägt. Die gleiche Aufgabe sollte sie auch bei den regionalen Verwaltungen übernehmen.

Die PPC sollte die Regional- und Lokalwahlen 2018 mit eigenen Kandidaten und mit einer neuen Annäherungsstrategie antreten müssen, um in dieser neuen Etappe feststellen zu können, wie groß ihre Wählerschaft in jedem Wahlkreis wirklich ist. Davon ausgehend, sollte sie Pläne und Strategien ausarbeiten, die sie zu einer Beteiligung an den Wahlen 2021, 200 Jahre nach der Unabhängigkeit von den Spaniern, ermöglicht.



Calle Santa Luisa 155, of. 701
Lima 27 – Perú
Telefon: +51(1)2216819
administracion@ipesm.com
www.ipesm.com



Av. Larco 109, Piso 2, Lima 18 - Perú
Telefon: +51 (1) 416 6100
kasperu@kas.de
www.kas.de/peru
www.facebook.com/kasenperu